

Haushaltsrede der AfD-Fraktion zum Haushaltsplan 2026

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

dass viele der im Haushalt enthaltenen Ausgaben gesetzlich vorgegeben sind, ist unbestritten. Entscheidend ist jedoch, ob diese Pflichtaufgaben dauerhaft auskömmlich finanziert werden können. Der vorliegende Haushaltsplan zeigt, dass genau das nicht der Fall ist.

Erträge von 212,1 Millionen Euro stehen im Jahr 2026 Aufwendungen von 235,6 Millionen Euro gegenüber. Das ergibt ein Defizit von 23,53 Millionen Euro und damit das schlechteste Ergebnis der letzten zehn Jahre. Trotz steigender Einnahmen wächst das Defizit weiter, weil die Ausgaben schneller steigen als die Erträge.

Noch 2024 verzeichnete die Stadt einen Überschuss von rund 7,5 Millionen Euro. 2025 kippt das Ergebnis in ein Minus von etwa 8 Millionen Euro, und 2026 erreichen wir nun ein Defizit von über 23 Millionen Euro. Innerhalb von zwei Jahren verschlechtert sich der Haushalt damit um mehr als 30 Millionen Euro, ohne dass eine nachvollziehbare strukturelle Ausgabenbegrenzung erkennbar wäre.

Wir hatten hierzu einen Termin mit Herrn Bürgermeister Ulrich und der Kämmerei, bei dem der Haushaltsplan vorgestellt wurde. Auf die zentrale Frage, wie diese Entwicklung gestoppt oder umgekehrt werden soll, gab es jedoch keinen Masterplan, der über das bloße Fortschreiben der Zahlen hinausgeht, keine erkennbare Strategie und kein Konsolidierungskonzept. Genau das wäre angesichts dieser Zahlen dringend notwendig gewesen.

Besonders deutlich wird die strukturelle Schieflage im Bereich Asyl und Jugendhilfe. Die Verwaltung selbst weist darauf hin, dass die Kosten im Asylbereich um 400.000 Euro steigen, während gleichzeitig geringere Erstattungen fließen, weil Sonderzahlungen des Landes entfallen. Aufgaben und Standards werden ausgeweitet, die Finanzierung bleibt jedoch unvollständig bei der Kommune.

Die Folgen sind mehr Pflichtaufgaben, steigender Personalbedarf und wachsende Ausgaben ohne entsprechenden Kostenausgleich. In der Jugendhilfe steigt der Aufwand allein im kommenden Jahr um 875.000 Euro. Dazu gehören auch unbegleitete Minderjährige, deren Unterbringung und Betreuung hohe Kosten verursachen, von denen das Land nur einen Teil übernimmt.

Auch im Bereich der Kindertagesstätten zeigt sich dieses Muster. Die Geburtenrate selbst steigt nicht. Der zusätzliche Bedarf entsteht vor allem durch Zuzug und erhöhten Sprachförderbedarf. In der Folge entstehen 18 neue Stellen in den städtischen Kitas. Gleichzeitig müssen Kitas erweitert oder neu gebaut werden. Die Zuschüsse von Land und Bund decken dabei oft nur einen Teil der tatsächlichen Kosten, während die Stadt hohe Eigenanteile tragen muss.

Die Sozial- und Jugendhilfe insgesamt verursacht einen Aufwand von rund 114 Millionen Euro, davon trägt die Stadt über 60,6 Millionen Euro selbst. Im Jahr 2026 steigen diese Ausgaben zusätzlich um etwa 1,4 Millionen Euro. Diese Entwicklung ist dauerhaft, strukturell und in dieser Form nicht mehr tragbar.

Hinzu kommt die Entwicklung der Personalkosten. Sie erreichen 2026 mit 78,6 Millionen Euro einen neuen Höchststand. Das sind rund 3,9 Millionen Euro mehr als im Vorjahr. Ursachen sind Tarifsteigerungen und zusätzliche Stellen, insbesondere im Bereich der Kitas. Im Haushalt findet sich jedoch keine Antwort auf die Frage, wie diese dauerhaft steigenden Personalkosten künftig finanziert werden sollen.

Auch im Bereich Klimaschutz werden erhebliche Mittel eingesetzt, ohne dass der Haushalt konkrete Wirtschaftlichkeitsnachweise oder messbare Effekte ausweist.

Es fließen hohe Summen in technische Maßnahmen wie Photovoltaikanlagen oder Wärmeerzeugungssysteme, ohne dass transparent dargestellt wird, welche CO₂-Einsparungen damit tatsächlich erzielt werden.

Eine belastbare Kosten-Nutzen-Bewertung einzelner Maßnahmen fehlt weiterhin.

Hinzu kommen die Ausgaben für die Landesgartenschau. Im Jahr 2026 sind hierfür 20,4 Millionen Euro vorgesehen, bei Fördermitteln von 15,6 Millionen Euro. Der verbleibende Eigenanteil belastet den städtischen Haushalt erheblich. Gleichzeitig werden Investitionen in Straßen, Haltestellen und zentrale Infrastruktur verschoben oder gekürzt. In einer Haushaltssituation mit einem Defizit von über 23 Millionen Euro ist diese Prioritätensetzung kritisch zu hinterfragen.

Besonders alarmierend ist die Entwicklung bei Schulden und Zinsen. Allein für Zinsen zahlt die Stadt im Jahr 2026 nahezu 6 Millionen Euro, das entspricht rund 500.000 Euro pro Monat. Diese Mittel fehlen für Pflichtaufgaben und notwendige Investitionen. Die investive Neuverschuldung liegt 2026 bei rund 23,7 Millionen Euro. Der Liquiditätskreditrahmen wird auf 60 Millionen Euro ausgeweitet. Das ist faktisch ein kommunaler Dispokredit und ein deutliches Warnsignal.

Frühere Haushaltsjahre wurden zudem durch Sondereffekte verzerrt. Im Jahr 2024 gab es außergewöhnliche Gewerbesteuernachzahlungen in Höhe von 9,6 Millionen Euro, im Jahr 2025 einmalige Erlöse aus Grundstücksverkäufen. Diese Effekte kaschieren strukturelle Probleme, lösen sie aber nicht. Der Haushalt 2026 zeigt die reale finanzielle Lage, und diese ist tiefrot.

Warum steigen die Kosten in nahezu allen Bereichen gleichzeitig. Weil Bund und Land Aufgaben übertragen, Standards erhöhen und Erwartungen formulieren, ohne die Kommunen ausreichend auszustatten. Asylpolitik, Sozialpolitik, Bildungsanforderungen, Klimaschutz und große Projekte werden beschlossen, die finanzielle Verantwortung bleibt jedoch bei den Städten.

Wenn Pflichtaufgaben dauerhaft nicht auskömmlich finanziert sind, ist es Aufgabe der Kommune, diese Überforderung klar zu benennen und gegenüber Bund und Land transparent zu machen. Hinzu kommt, dass im laufenden Haushaltsverfahren zusätzliche Anträge anderer Fraktionen vorliegen, die trotz der bekannten Haushaltslage neue Ausgaben oder dauerhafte Folgekosten auslösen. Das steht im Widerspruch zu der dringend notwendigen Priorisierung und Konsolidierung bei einem bereits strukturell defizitären Haushalt.

Ein Haushalt, der auf nicht auskömmlich finanzierten Pflichtaufgaben basiert, der strukturelle Sozial- und Personalkosten nicht begrenzt, der neue Schulden in Rekordhöhe aufnimmt und der keine erkennbare Konsolidierungsstrategie enthält, ist aus unserer Sicht nicht zustimmungsfähig.

Wir lehnen diesen Haushalt ab.

Vielen Dank.